

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

II. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 8. Juni 1883.

N^o 63.

Die kirchenpolitische Vorlage und die Presse.

Der Eindruck, den die neue kirchenpolitische Vorlage auf die Blätter gemacht hat, ist ein vorwiegend günstiger. Mehr oder weniger stellen sich alle Blätter zu dem Entwurf freundlich und wohlwollend, wenngleich sie mit ihrem Endurtheil noch zurückhalten, um den parlamentarischen Fractionen hierin nicht vorzugreifen. Besonders hervorgehoben mag werden, daß das Hauptblatt der Centrumpartei in dem Entwurf einen Fortschritt erkennt, wenngleich es auch bezüglich der Einzelheiten noch kein abschließendes Urtheil fällt.

Nur ein Blatt ist schnell fertig mit dem Wort: für die National-Zeitung ist es nach dem bloßen Durchlesen des Entwurfs ausgemachte Sache, daß der Staat „vor dem Papste die Waffen streckt.“ Man würde diesem Urtheil eine gewisse Bedeutung beizulegen versucht sein, wenn man sich nicht erinnerte, daß die National-Zeitung diese Waffe, welche sie jetzt gegen die Regierung schwingt, schon häufig aus ihrer Kist- und Kumpellammer hervorgeholt hat: nach ihren früheren Urtheilen hat der Staat schon vor drei Jahren, und ebenso im vorigen Jahre „die Waffen gestreckt“, und es ist nur zu verwundern, daß sie das vergessen konnte und der Welt jetzt als Neuigkeit verkündet, daß die Staatsgewalt erst mit der gegenwärtigen Vorlage „sich unterwirft.“

Schlimmer aber als dieser, vielleicht mit einem Gedächtnißfehler zu entschuldigende Widerspruch ist der Widerspruch, in der sich die Nationalzeitung in einem und demselben Artikel mit sich selbst befindet. Es erfüllt nämlich das secessionistische Blatt mit Befriedigung, daß die Bischöfe durch den Entwurf in den Stand gesetzt werden sollen, „alle oder fast alle jetzt vorhandenen Lücken in der Seelsorge auszufüllen“; das Blatt versichert, nicht ohne Bedauern während des kirchenpolitischen Kampfes gesehen zu haben, „daß vielen Tausenden preussischer Staatsbürger die Ausübung der Religion erschwert wurde.“ Und dennoch tadelt sie die Vorlage, die diese Mängel beseitigt, und zwar deshalb, weil nicht zu gleicher Zeit „hochwichtige Staatsinteressen“ befriedigt werden, will sagen, weil die Regierung die Beseitigung jener offenbaren und jetzt wohl von Niemandem mehr bestrittenen Mängel nicht von einer entgegenkommenden Haltung der Curie abhängig macht.

Es ist bedauerlich, wie sehr gerade die sog. „kulturrämpferischen“ Blätter im Eifer des Gefechts so blind und so unvorsichtig sein können, den Standpunkt zu verlassen, den sie sonst — und mit Recht — als die erste und sicherste Grundlage für die kirchenpolitische Stellung des Staates vertheidigen. Diesem Standpunkt gemäß muß der Staat aus eigener Machtvollkommenheit diejenigen gesetzlichen Einrichtungen auf kirchenpolitischem Gebiet treffen, die er nach seinem Urtheil und Bedürfnis für angemessen hält. Daß die Befriedigung der seelsorgerischen Bedürfnisse der katholischen Unterthanen im Interesse des Staates liegt und daß die Nichtbefriedigung derselben ein Fehler ist, erkennt die „National-Zeitung“ an: und doch verlangt sie, daß der Staat das nicht thue, was er für nothwendig hält und was seine Pflicht ist; sie verlangt vielmehr, daß sich der Staat hierin von den Entschliessungen der Curie abhängig mache!

Nur eine vollständige Verkennung des Verhältnisses, in welchem sich der Staat zu den katholischen Unterthanen einerseits und der Curie andererseits befindet, macht es erklärlich, daß die „National-Zeitung“ so widerspruchsvolle Forderungen stellt. Die katholischen Unterthanen sind keineswegs — wie sie zu glauben scheint — die Angehörigen eines fremden Staates, — es sind Preußen, deren Interesse vom Staat ebenso zu wahren ist, wie dasjenige der anderen Confessionen. Wäre der Papst eine fremde auswärtige Kriegsmacht, so läge kein Grund vor, gegen ihn nachgiebig zu sein. Wenn der Staat aber jetzt nachgiebig ist, so ist er es

nicht gegen die Curie, sondern gegen seine katholischen Unterthanen, deren Befriedigung bezüglich ihrer seelsorgerischen Bedürfnisse sein eigenstes und gewiß ein „hochwichtiges Staatsinteresse“ ist.

Bei einer so vollständigen Verkennung der Interessen, die auf dem Spiele stehen, ist nicht zu verwundern, daß sich die National-Zeitung bezüglich anderer Punkte in Uebertreibungen und schiefen Auffassungen bewegt. Sie meint, der Entwurf biete unvergleichlich mehr, als der Antrag Windthorst gefordert habe. Nun, dieser Antrag forderte bekanntlich vollständige Freigebung des Messelens und Sacramentspendens an jedweden Geistlichen. Nach dem Entwurf kommen aber nur solche Geistliche in Frage, welche den gesetzlichen Anforderungen bezüglich der Nationalität und Vorbildung genügen, was die National-Zeitung wohlweislich verschweigt. Auch daß der Entwurf — wie die National-Zeitung meint — der Curie die Handhabe bieten werde, an Stelle der ordentlichen Pfarrer lauter absehbare Seelsorger anzustellen, ist eine Annahme, welche Artikel 19 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 ausschließt, wonach die Neuerrichtung von Seelsorgämtern nur mit Genehmigung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zulässig ist.

Die Behauptungen und Auffassungen der National-Ztg. sind, wie man sieht, hinfällig; bei einiger Ueberlegung wird sie das selbst einsehen. Nach den Wahrnehmungen, die sonst über die Haltung der Parteien zu machen sind, ist es daher auch wahrscheinlich, daß die National-Ztg. mit ihrem schnell fertigen absprechenden Urtheil ziemlich vereinsamt sein wird.

Kanal-Projekte.

Wer sich über den Standpunkt engherziger lokaler Interessen hinwegzusetzen vermag, wird in der Zustimmung des Abgeordnetenhauses zu dem von der Regierung vorgeschlagenen Project wegen Erbauung eines Kanals von Dortmund nach den Emsmäfen ein erfreuliches Zeichen von Verständniß für die von der Regierung in Angriff genommene Kanalpolitik erblicken.

Die Regierung hat schon seit langer Zeit die Nothwendigkeit erkannt, der Erweiterung des im Ganzen und im Verhältniß zu anderen Ländern ziemlich dürftigen Kanalnetzes ihre Fürsorge zu widmen. Sie begegnete dabei vielfach herrschenden Vorurtheilen über die Bedeutungslosigkeit von Kanälen neben dem weit verzweigten Schienennez. Gleichwohl hielt sie in richtiger Erkenntniß der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Kanäle an der Idee der Erweiterung des Kanalnetzes fest, und nach umfangreichen Vorarbeiten ist sie zu dem Entschluß gekommen, mit dem Bau eines großen Kanals den Anfang zu machen, der sich von Dortmund über Henrichsburg, Münster nach der unteren Ems ziehen soll. Dieser Kanal soll den westfälischen Montandistrikten eine bequeme Wasserstraße nach der Nordsee eröffnen.

Die Commission des Abgeordnetenhauses beantragte jedoch die Ablehnung des Entwurfs, verbunden mit der Aufforderung an die Regierung, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den Bau eines Kanals vom Rhein (Ruhrodt) über Dortmund und Münster nach der mittleren Elbe, mit einem Zweigkanal nach der unteren Ems in Aussicht nimmt.

In der Debatte über diesen Vorschlag der Commission sowie über die Regierungsvorlage wurden die Interessen der betreffenden Landestheile stark in den Vordergrund gestellt. Wie wohl Niemand principiell etwas gegen die von der Regierung vorgeschlagene Strecke einzuwenden hatte, wollte man doch den Bau derselben an die vorhergehende Bedingung knüpfen, daß vor Allem zwischen der Weser und mittleren Elbe eine Kanalverbindung hergestellt

oder vorläufig wenigstens sichergestellt werde. Von anderer Seite wurde die Bedingung erhoben, daß gleichzeitig neben dieser Verbindung auch eine directe Wasserstraße zwischen Oberschlesien und Berlin hergestellt werde.

Die Regierung ihrerseits erklärte zunächst auf den Bau des Kanals Dortmund-Emshäfen bestehen zu müssen; weiter aber lehnte sie es ab, sich schon jetzt für eine bestimmte Linie, in der der Canal fortgesetzt werde, zu entscheiden und sich zu umfangreichen, weitreichenden, finanziell gar nicht übersehbaren Projecten zu verpflichten. Zugleich forderte sie das Abgeordnetenhaus auf, vertrauensvoll die weitere Untersuchung über die Richtung, in welcher der Weser-Elbe-Kanal zu bauen sei, in die Hand der Regierung zu legen, indem sie überdies ihre Geneigtheit, Oberschlesien durch einen Kanal mit Berlin zu verbinden, betonte und mittheilte, daß die Vorarbeiten für die Ausarbeitung dieses Projectes im Gange wären.

Beinahe wäre das Gesetz, welches zunächst nur den Kanal Dortmund-Emshäfen in Aussicht nimmt, an der Kurzsichtigkeit und Eifersucht derjenigen gescheitert, die aus jenem Kanal keine unmittelbaren Vortheile für die anderen Provinzen herauszurechnen vermochten und die vor allem das Interesse ihrer eigenen Provinz möglichst zu fördern und sicher zu stellen versuchten. Ein solcher Beschluß wäre vielleicht verhängnißvoll für die ganze Kanalpolitik gewesen und hätte möglicherweise die Erbauung von Kanälen überhaupt wieder auf lange Zeit in weite Ferne gerückt.

Man wird den Local- oder Provinzial-Patriotismus gewiß nicht verurtheilen dürfen. Aber die Besorgniß, die er mit den von ihm vertretenen Anschauungen befundete, daß nämlich die Regierung nur eine bestimmte Provinz bevorzugen, die anderen vernachlässigen wolle, war gewiß unberechtigt. Die Sorge der Regierung ist den Interessen des ganzen Landes in gleicher Weise zugewandt. Aber es läßt sich nicht Alles auf einmal machen, weder technisch noch finanziell. In dem gegenwärtigen Augenblicke konnte es nur darauf ankommen, mit einem allseitig als nothwendig erkannten Bau den Anfang zu machen und im Uebrigen die weitere von der Erfahrung erst abhängige Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Dieser Standpunkt hat schließlich die Billigung einer großen Mehrheit (228 gegen 111 Stimmen) gefunden; zu weiteren Projecten wurde die Regierung nicht direct verpflichtet, sondern nur durch eine Resolution aufgefordert.

Die wirthschaftliche Bedeutung des zunächst auszuführenden Kanals, für welchen 46 Millionen Mark bewilligt sind, geht weit über das nächste Ziel hinaus: er öffnet nicht nur den westfälischen Kohlenbergwerken ein neues Absatzgebiet, wodurch die Kohlenproduction erheblich gefördert und die Lage der arbeitenden Bevölkerung gebessert werden kann, sondern er wird auch auf Land- und Forstwirthschaft fördernd einwirken und zum Wohlstand der angrenzenden Gegenden beitragen. Der Einfluß aller dieser Vortheile auf den ganzen Staat kann unter den heutigen Verhältnissen des Verkehrs nicht ausbleiben, und wenn die Freunde anderer Kanalprojecte befürchten sollten, daß die Interessen ihrer Gegend allmählich in den Hintergrund treten und in Vergessenheit gerathen könnten, so können sie versichert sein, daß der zunächst in Angriff zu nehmende Kanal mit seinen wirthschaftlichen Erfolgen sich als der wirksamste Förderer auch anderer nothwendiger Kanalprojecte erweisen wird.

Der deutsche Import in Sydney.

Sydney, den 30. März 1883.

Von dem hiesigen Import im verflossenen Jahre hat Deutschland einen guten Theil geliefert. Die statistischen Zahlen lassen dieses freilich nach der jetzigen Art und Weise der Zusammenstellung niemals voll auf erkennen, da der directe Bezug von Deutschland nicht annähernd den total deutschen Handel repräsentirt. Hauptsächlich läßt sich dieses von der Manufacturwaarenbranche sagen. Bei den großen Entfernungen von Europa nach hier muß behufs Abschlüsse in diesen der Mode und Jahreszeit so unterworfenen Artikeln eine Zwischenperson bestehen, sei sie nun in England oder Frankreich oder in Deutschland ansässig, welche die Einkäufe besorgt und die Verschiffung sofort bezahlt.

Das hiesige Geschäft in diesen Branchen liegt fast ausschließlich in englischen Händen, und daher ist es erklärlich, daß der Einkäufer fraglicher Häuser in London residirt und von dort aus den ganzen Einkauf leitet

und alle Waaren versendet. Ein Besuch der hiesigen Waarenlager solcher Firmen, welche sich beständig in einer Werthhöhe von 2,000,000 M bis 5,000,000 M bewegen, wird beim Fachkennner Erstaunen hervorrufen über die großen Massen Waaren deutschen Ursprungs, welche sich durch ihre Qualität einen ersten Platz in diesen Räumen erworben haben. Doch auch schon den Laien, dem Nichtfachkennner verrathen die Etiquetten, die Namen der Fabrikanten und die Wahl der Schutzmarken mit deutschen Sprüchen das Erzeugungsland der Güter. Es kann deutschen Fabrikanten dieser Branche nur empfohlen werden, sich mit London in Verbindung zu setzen, um Käufer für ihre Waaren zu finden, auch bietet der australische Markt noch den besonderen Vortheil, daß die Jahreszeiten hier selbst sich in umgekehrtem Verhältniß zu dem europäischen verhalten, also Gelegenheit bieten, das alte Lager aus vorhergehenden Saisons zu verwerthen. Der Zwischenhandel in dieser Branche hat den ferneren Vortheil, daß der Fabrikant gleich am Verschiffungsplatze für seine Waare Zahlung erhält, wohingegen bei direktem Einkaufe von hier der Besteller nicht immer gewillt ist, gänzlich dem Fabrikanten zu vertrauen und für kommende Güter zu bezahlen, wenn ersterer nicht weiß, ob der Gegenwerth in Waaren in der beordneten Weise und überhaupt expedirt worden ist. Es ist viel für und gegen Consignationssendungen gesagt und geschrieben worden, indeß mit Bezug auf australische Handelsverhältnisse mit großer Unkenntniß der Sachlage. Es lassen sich die den australischen Markt betreffenden Stapelartikel nicht mit Bemerkungen über das Princip in Consignationssendungen abfertigen, wie viele Schreiber von in kaufmännischen Fachzeitungen erschienenen Artikeln anzunehmen belieben; in einigen Artikeln und sehr bedeutenden werden nur Consignationssendungen gemacht, in anderen hingegen werden solche direkt zurückgewiesen und zu diesen gehören u. A. auch Manufacturwaaren. Es kommen hier selbstverständlich nur leistungsfähige und gewissenhafte Firmen in Betracht, denn man findet im anderen Falle stets noch sogenannte Geschäftsleute, welche Consignationen unter allen Umständen annehmen; ob zum Vortheile der Sender, mögen die vielen an das Consulat gerichteten Schreiben über Einziehung von Geldern für solche gemachte Sendungen oder über Entziehung letzterer von dem Empfänger beantworten. Auf Vergebung von Agenturen in der Manufacturwaarenbranche bezieht sich das eben Gesagte gleichfalls. Große Häuser weisen solche Agenturen ab, schon aus dem Grunde, daß ihnen der Unterschied der europäischen und australischen Jahreszeit in London oder sonstwo gestattet, die Artikel der letzten Saisons mit Disconto-Abzügen von 60 bis 80 pCt. von den Originalpreisen zu kaufen. Wo würde man indeß einen Fabrikanten finden, der derartige Anerbietungen nach hier zu einer Zeit machen würde, wo er nicht wissen kann, wie viel altes Lager ihm übrig bleiben wird, und ferner, wo würde man den deutschen Fabrikanten finden, der in dieser unbestimmten, indeß sich innerhalb gewisser Grenzen der Geschmacksrichtung bewegenden Branche wissen würde, welche Sachen er in vorgedachter Weise anbieten könnte.

Der deutsche Fabrikant ist durch diesen Umstand in einen Fehler verfallen, dessen Folgen ihn selbst am härtesten treffen. In verschiedenen, im verflossenen Jahre thatsächlich vorgekommenen Fällen — und es betrifft dies nicht nur die Manufacturwaarenbranche — hat der deutsche Fabrikant zu dem Mittel gegriffen, sich junger, verhältnißmäßig unerfahrener Agenten ohne geeignetes Capital zu bedienen. Dieselben konnten mit den großen Importhäusern nicht concurriren, sie mußten deshalb den kleinsten Detaillisten aufsuchen, um Waare zu verkaufen, in manchen Fällen war es so gelungen, kleine Posten abzusetzen. Indes nun wurden die großen Importhäuser, welche in vielen Fällen den Detaillisten gewissermaßen finanziell in Händen haben, auf diese nicht durch sie gekaufte Waare aufmerksam, und die Folge ist, daß sie ihren Einkäufern Auftrag geben, die vorgefundene Waare nicht mehr zu kaufen. In anderen Fällen haben sich hiesige Agenten deutscher Firmen größere Versehen zu Schulden kommen lassen, ein hiesiges Haus giebt einem Agenten einen Auftrag, einen sogenannten indent, der auch expedirt wird. Zugleich recommandirt derselbe Agent, eine Consignationssendung derselben Sorte, wie in der von seinem Auftraggeber gemachten Spezifikation angegeben, ebenfalls abzufertigen und bei Ankunft der Waare des hiesigen Auftraggebers findet letzterer, daß der Markt voll von den von ihm beordneten Sorten ist, welche der Agent en détail an Ladeninhaber verkauft. Die Folge ist, daß der erste Auftraggeber nunmehr die Waare eines englischen Fabrikanten bestellt, und durch seine Beziehungen und die Größe seines Geschäfts in der Lage ist, den deutschen Artikel gänzlich vom Plage zu verdrängen. Das sind einzelne Fälle, aber sie tragen mehr als alles Andere dazu bei, der Einführung deutschen Gewerbefleißes hinderlich in den Weg zu treten.

Daß leistungsfähige deutsche Fabrikanten eigene Reisende herausschicken, scheint unter diesen Umständen sich sehr zu empfehlen, die industriellen Kreise zeigen sich indeß hierin sehr zurückhaltend, doch sollten dieselben nicht so sehr auf das gegenwärtig beschränkte Absatzgebiet, als auf die zukünftige Größe desselben sehen.

Es sind im vergangenen Jahre sehr viele Anfragen von Weinhandlungen um Aufgabe von Adressen hiesiger Häuser in diesem Fache eingegangen, doch ist es wohl kaum anzunehmen, daß die Anführung solcher zu irgend welchen Geschäftsverbindungen geführt haben. Durch

Transport und die hohe Steuer werden deutsche Weine zu theuer für den hiesigen Consumenten; auch ist die Geschmacksrichtung der wohlhabenden gesellschaftlichen Elemente — mit wenigen Ausnahmen — eine derartige, daß Rothweine und Champagner dem Rheinwein und den moussirenden deutschen Sorten vorgezogen werden. Für die mittleren Klassen sind Bier und der in der Colonie gebaute Wein die bezüglichen Genußmittel und es muß zugestanden werden, daß sich die Güte des letzteren mit jedem Jahre bessert.

In einigen Exportzeitungen, d. h. in Blättern, welche sich hauptsächlich die Interessen des deutschen Exporthandels angelegen sein lassen, erscheinen dann und wann Berichte von ausländischen Correspondenten, deren ganzer Abfassung man es ansieht, daß der betreffende Schreiber sich noch nicht lange in den hiesigen Gegenden aufgehalten haben muß. Diese für den Nichtkenner zu Hause anscheinend mit Verständniß geschriebenen Aufsätze über hiesige kaufmännische Verhältnisse sind geeignet, vollständig falsche Ansichten zu verbreiten und Fabriken zu veranlassen, Sachen zu senden, die in manchen Fällen schon daselbst eingeführt und versucht worden sind, sich indeß nicht bewährt haben, oder aus anderen Gründen nicht verkäuflich sind.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Mit Rücksicht darauf, daß mit dem 1. Januar d. J. die neue Ausgabe der Pharmacopoea Germanica in Kraft getreten ist, erschien auch eine Revision der bisher bei den Prüfungen der Apothekergehilfen verwendeten Zusammenstellung von Aufgaben erforderlich. Nachdem diese Revision durch die technische Kommission für die pharmaceutischen Angelegenheiten unter Zugrundelegung der neuen Ausgabe der Pharmacopoea erfolgt ist, hat der Kultusminister dieselbe den Prüfungs-Kommissionen zugehen lassen. Die Aufgaben betreffen in der neuen Zusammenstellung 1) die pharmaceutische Chemie, 2) Botanik und Pharmakognosie, 3) Physik, 4) Galenische Mittel, 5) Chemisch-pharmaceutische Präparate, 6) Chemische Präparate zur Prüfung.

Politische Tagesfragen.

Man nimmt an, daß nur wenige Tage für die Erledigung der zweiten Berathung des Reichshaushaltsetats nöthig sein werden. Die Budgetcommission hat ihre Vorarbeiten beendet, so daß etwa Mitte nächster Woche der Etat vollständig erledigt sein wird.

Im Regierungsbezirk Potsdam läßt sich für die Industrie mit verschwindenden Ausnahmen durchweg eine Steigerung für die letzten Monate constatiren, sowohl in der Zahl der beschäftigten Arbeiter als auch in den Lohnsätzen. Die Zahl der im Teltower Kreise beschäftigten industriellen Arbeiter ist von 3767 auf 4046 gestiegen, namentlich in der Textil-Industrie und im Färbereigewerbe. Bei den Lohnsätzen ist gleichfalls ein mäßiges Steigen zu erkennen. Arbeitseinstellungen haben nicht stattgefunden.

Der neuerdings zu constatirende Aufschwung des Fischereibetriebes an der Ostseeküste ist ein sprechender Beweis dafür, welchen Nutzen ein Abgehen von dem manchesterlichen Principe des Gesellassens zu Wege bringen kann. Die an der pommerschen Küste angelegene Bevölkerung ist auf den Erwerb durch Fischerei angewiesen. Die Betriebsweise war aber fast durchweg noch höchst primitiver Art und bildete fast überall nur die Nebenbeschäftigung neben der kleinen und bei dem meist sandigen Boden nur dürftigen Landwirthschaft. Erst durch die Fischerei-Ausstellung in Berlin, deren Besuch auch mehreren dortigen tüchtigen Fischern durch staatliche Beihilfe ermöglicht war, wurde der Trieb zu größeren Fortschritten in diesem Erwerbszweige geweckt, und namentlich auch dadurch, daß von schwedischer Seite her ein ziemlich erheblicher Fischereibetrieb mit seetüchtigen Booten längs der pommerschen Küste im Anschluß an die drei Häfen Colberg, Rügenwalde und Stolpmünde geübt wurde. Zu einer Concurrenz waren die kleinen, für die hohe See untüchtigen Boote unserer einheimischen Fischer nicht geeignet, und es war daher die Sorge der Regierungsverwaltung darauf gerichtet, die diesseitigen Fischer, wenigstens in der Nähe der genannten Häfen, durch Beschaffung solcher seetüchtigen Boote und Erweiterung ihres Fischereibetriebes bis auf die hohe See allmählich immer mehr concurrenzfähig zu machen. Es ist dies mit staatlicher, theils geschenk-, theils darlehnsweise gewährter Unterstützung in rascher Folge auch erreicht worden, indem die glücklichen und ergiebigen Fangresultate der ersten Versuche zu eifriger Nachfolge der übrigen Fischer Anreiz darbieten. In Colberg sind bereits 9 aus je 3 bis 4 Fischern bestehende Fischervereinigungen vorhanden, welche mit solchen Booten ausgerüstet sind, in Rügenwalde und Stolpmünde erst je eine; aber es unterliegt keinem Zweifel, daß auch in den beiden letztgenannten Hafenorten die übrigen Fischer sehr bald nachfolgen

werden. Die Fangresultate der Colberger sind in diesem Frühjahr so überaus reiche gewesen, daß die Boote sie kaum zu fassen vermochten und zu sinken drohten. Die Concurrenz der schwedischen Fischer an der hiesigen Küste hat seitdem ganz wesentlich abgenommen und es macht sich auch schon im Lande das vermehrte Angebot von Seefischen, namentlich von den für den kleinen Mann so wesentlichen Heringen, wohl bemerkbar. Da die schwedischen Boote nicht wie die bisherigen kleinen Boote unserer Fischer nach jedem Fischzuge auf das Land gezogen werden können, sondern wegen ihres Tiefganges das Einlaufen in einen Hafen nothwendig bedingen, so mußten naturgemäß die Bestrebungen der Verwaltung auf die Fischereibevölkerung in der Nähe der obengenannten drei Häfen beschränkt bleiben. — Mit der Erlangung des erstrebten neuen vierten Hafens an der Mündung der Leba werden die Bestrebungen auch auf die dortige Bevölkerung ausgedehnt werden und versprechen gerade da um so größere Erfolge, als fast die ganze Bevölkerung der kleinen Küstenstadt Leba in mehr oder weniger naher Beziehung von dem Ertrage der Fischerei sich ernährt.

Wenn auch, wie wir bereits erwähnt, die Auswanderung in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Vergleich zu demselben Zeitraum des Vorjahres abgenommen hat, — in diesem Jahre wurden bis Ende April 55,629, im vorigen 74,787 Auswanderer gezählt — so ist doch der Umfang der Auswanderung noch immer bedeutend und derselbe macht sich besonders in einzelnen Districten sehr fühlbar. Auf dem Lande wird vielfach über Arbeitermangel geklagt. Speziell hat sich dieser Mangel im Schivelbeiner Kreise geltend gemacht und dort insbesondere bei den sog. Geldstuben, in welchen die Arbeiter zur Miete wohnen, ohne Naturalleistungen seitens des Arbeitgebers zu erhalten. Einige Besitzer solcher Geldstuben, in denen sich die Arbeiter offenbar nicht so günstig stehen, haben sich kürzlich durch Agenten ober-schlesische Arbeiter, Familien sowie ledige Personen kommen lassen und dieselben in ihre Geldstuben einquartiert. Diese Arbeiter, die viel weniger Bedürfnisse haben, als die pommerschen, nehmen auch mit geringerem Arbeitslohn vorlieb und sollen sich vorläufig ganz gut anlassen. Das Ganze ist ein Experiment, bei dem zunächst wird abgewartet werden müssen wie es einschlägt. Der Erfolg wird wohl wesentlich davon abhängen, ob die Arbeiter sich dort ihre Anspruchslosigkeit bewahren und sich auf die Dauer in den neuen Verhältnissen heimisch fühlen.

Parlaments-Bericht.

Der Reichstag erledigte gestern, Mittwoch, den 6. Juni, im Rest der Sitzung nur zwei Petitionsberichte. Die Petition wegen Schadenersatz von auf der Melbourneer Weltausstellung erlittenen Verlusten wurde dem Antrage der Commission gemäß an den Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Dann kamen noch die Petitionen gegen den Impfwang zur Berathung, auch hier kam nach stundenlanger Debatte der Commissionsantrag zur Annahme: die Eingaben dem Reichskanzler zur Kenntnisaahme zu überweisen und daran das Ersuchen zu knüpfen, daß bald eine Commission von Sachverständigen einberufen werde, die unter Oberleitung des Reichsgesundheitsamtes die Impffrage prüfe und Maßregeln zur allgemeinen Durchführung der Impfung mit animaler Lymphe vorschlage. Ferner solle der Reichskanzler die Aufstellung einer Impfstattistik und den Erlaß eines Volksseuchengesetzes betreiben und den Reichstage über den Erfolg der getroffenen Maßnahmen Mittheilung machen.

Im Reichstage entstand heute, Donnerstag, d. 7. Juni, zur 3. Berathung des Gesetzentwurfes über die Steuervergütung für Zucker wieder eine Generaldiskussion, welche durch den Abg. Dr. Meher (Halle) einen persönlichen Character erhielt. Etwas Neues brachte die Debatte nicht zu Tage. Der Abg. Sonnemann erging sich in so weitläufigen Auseinandersetzungen, daß er vom Präsidenten zwei Mal zur Sache gerufen werden mußte. Das Gesetz wurde schließlich unverändert genehmigt, und die Berathung des Etats für 1884/85 fortgesetzt; sie begann mit dem Specialetat für das Reichseisenbahnamt.

Die gestrigen (6. Juni) Verhandlungen des Herrenhauses über das Zuständigkeitsgesetz drehten sich vornehmlich um den Punkt, ob dem Antrage der Commission gemäß der vom Abgeordnetenhaus in das Gesetz hineingebrachte Passus über die Bestätigung der Gemeindebeamten (Art. 13), wonach die Bestätigung nur unter Zustimmung des Bezirksauschusses verlagert werden könne, zu streichen sei oder nicht. Minister von Puttkamer trat entschieden für die Streichung des Paragraphen ein, weil er einen directen Eingriff in die Hoheitsrechte des Staates enthalte und auch durchaus ungewöhnlich sei: man dürfe den Bezirks-Ausschuß nicht mit einer politischen Verantwortlichkeit bepacken, was schließlich auch im Interesse der Selbstverwaltungskörperschaften unerwünscht sei; eine solche Beschränkung des Bestätigungsrechts könne die Regierung nicht zugeben. — Graf Stolberg

schlug einen vermittelnden Antrag vor, welcher zwischen Herren- und Abgeordnetenhaus eine Uebereinstimmung ermöglichen würde, Herr v. Kleist-Nekow trat im Interesse des Zustandekommens der Vorlage für die pure Annahme des vom Abgeordnetenhaus eingefügten § 13 ein. Bei der Abstimmung wurde jedoch § 13 mit allen gegen 7 Stimmen gestrichen. Die Verwaltungsgefetze müssen nun wegen der abweichenden Beschlüsse wieder in's Abgeordnetenhaus zurückgehen. Auf welcher Grundlage sich ein Ausgleich und eine Verständigung zwischen beiden Häusern wird erzielen lassen, darüber verlautet noch nichts Bestimmtes. — Heute trat das Herrenhaus in die Berathung des aus dem Abgeordnetenhaus in veränderter Gestalt wieder zurückgekommenen Substitutionsgesetzes.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute, Donnerstag den 7. Juni, seine ganze Tagesordnung in rascher und sachgemäßer Weise. Die Gesetze über die Landesbank in Wiesbaden, das Staatsschuldbuch, Landgüterordnung der Provinz Brandenburg, Kirchenverfassung der evangelisch-reformirten Kirche der Provinz Hannover, wurden unverändert genehmigt und für morgen ein Schwerinstag angefahrt, wobei der Antrag Lassen über den Gebrauch der dänischen Sprache zur Berathung gelangen soll.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Se. Majestät der Kaiser, der trotz der großen Anstrengungen, welche ihm die Truppenbesichtigungen in den letzten Wochen verursacht haben, sich einer vortrefflichen Gesundheit erfreut, wird wahrscheinlich schon Mitte dieses Monats die gewohnte Sommerreise nach Gmz und Gastein antreten, von wo die Rückkehr nach Berlin in der ersten Hälfte des August zu erfolgen pflegt.

Ihre Majestät die Kaiserin hat sich am Mittwoch zu längerem Aufenthalt nach Coblenz begeben. Das Befinden der Hohen Frau ist ein verhältnißmäßig recht günstiges und hat ihr gestattet, in den letzten Tagen ihrer Anwesenheit in Berlin wiederholt die Hygiene-Ausstellung zu besuchen und die mit dem Protectorat über dieselbe verbundenen Pflichten zu erfüllen.

Der Reichstag hat in der verflossenen Woche verschiedene wichtige Vorlagen endgültig erledigt, u. A. den Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Italien, die Literarconvention mit Frankreich, das Krankenversicherungsgesetz und die Gewerbeordnungsnovelle. Die beiden letzteren Gesetze haben eine Gestalt erhalten, mit denen die Freunde einer gesunden Reform auf socialen und gewerblichem Gebiet im Großen und Ganzen wohl zufrieden sein können. Mit Anfang dieser Woche hat die zweite Berathung des Etats für 1884/85 begonnen, die trotz der Obstructionen seitens der Fortschrittspartei und der Volkspartei einen verhältnißmäßig raschen Verlauf verspricht, denn sofort in der ersten Sitzung wurden mehrere Specialstats erledigt. Daß die Regierung auf den in gewissen parlamentarischen Kreisen laut gewordenen Wunsch, einen Theil des Stats für die Herbstsession zurückzulegen, eingehen werde, erscheint angesichts der Kaiserlichen Botschaft vom 14. April, welche bekanntlich, um zum Winter Zeit und Raum für die socialpolitische Gesetzgebung zu gewinnen, die sofortige Erledigung des Stats in der gegenwärtigen Session dem Reichstage dringend an's Herz legte, durchaus zweifelhaft; die maßgebenden Parteien — Nationalliberale, Centrum und Conservative — scheinen denn auch es als ihre Pflicht und Aufgabe zu betrachten, die vollständige Erledigung des Stats noch während dieses Monats zu ermöglichen.

Das Herrenhaus hat in den jüngsten Tagen wieder einige Sitzungen abgehalten und in denselben die Verwaltungsorganisations-Gesetze berathen. Da die gefaßten Beschlüsse in vier Punkten von denen des Abgeordnetenhauses abweichen, so werden die Vorlagen nunmehr an dieses Haus zurückgehen müssen.

Das Abgeordnetenhaus hat in täglich auf einander folgenden Sitzungen zunächst die Vorlagen über das Staatsschuldbuch und die Landgüterordnung für Brandenburg, sowie die Kanalbauvorlage in zweiter Lesung erledigt und alsdann die Berathung über die Vorlage bezüglich der Befugnisse der Strombauverwaltung begonnen. Inzwischen ist dem Abgeordnetenhaus noch eine sehr wichtige Vorlage zugegangen, welche sofortige Berathung und Erledigung in Anspruch nimmt, der Entwurf nämlich eines neuen kirchenpolitischen Gesetzes. Den Inhalt und die Bedeutung dieses Gesetzes haben wir schon an anderer Stelle eingehend besprochen. Welche Aussichten die Vorlage im Abgeordnetenhaus hat, ist noch nicht mit Sicherheit abzusehen; gleichwohl scheint eine Majorität für dieselbe gesichert zu sein, da der Entwurf nicht bloß den Interessen der katholischen Unterthanen, sondern auch dem thatsächlich in weitestem Umfange vorhandenen Friedensbedürfnis der Parteien ent-

gegenkommt. Ueber die muthmaßliche Stellung der einzelnen Fractionen läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen, doch ist aus den Zeitungen der verschiedenen Parteien zu entnehmen, daß die Conservativen mit Entschiedenheit für die ihren bisherigen Wünschen entsprechende Vorlage eintreten und auch die Nationalliberalen sich nicht ohne Weiteres ablehnend verhalten werden; das Centrum ist von den meisten Bestimmungen der Vorlage befriedigt, während es voraussichtlich andere Bestimmungen — so z. B. § 2 und § 4 — zu beseitigen versuchen wird. Die Fortschrittspresse in ihren anständigeren Organen hält noch mit dem Urtheil zurück. „Eine umfassende Kritik des Gesetzentwurfs,“ sagt die Vossische Zeitung noch in ihrem heutigen Blatt, „muß einem genauen Studium nicht nur der gegenwärtigen Vorlage, sondern auch aller ihrer Vorgänger mit den diplomatischen Vorverhandlungen, soweit diese in die Oeffentlichkeit gelangt sind, vorbehalten bleiben, und dazu gehört Zeit.“ Nur das allezeit mit seinem Urtheil sofort fertige Organ der SeceSSIONisten, die „National-Zeitung“, braucht keine Zeit zur Prüfung. Sie urtheilt schon am Tage der Einbringung des Gesetzes im Abgeordnetenhaus: der kirchenpolitische Kampf sei zu Ende und die Regierung habe vor dem Papst die Waffen gestreckt. Man kann dieser schon oft gehörten Redewendung eine politische Bedeutung selbstverständlich nicht beilegen.

Aus dem Auslande.

Die Krönungsfeierlichkeiten in Moskau haben auch weiterhin einen glänzenden, durch keinen Zwischenfall gestörten Verlauf genommen. Von hervorragender Bedeutung war namentlich noch das am 2. Juni veranstaltete Volksfest, an dem auch der Kaiser und die Kaiserin, sowie die fürstlichen Gäste in ungezwungener Weise theilnahmen. Namentlich waren auch die Vorsteher zahlreicher Landgemeinden aus der Umgegend von Moskau sowohl als aus entfernten Provinzen zu dem Feste eingetroffen, denen im Petrowski-Palast ein besonderes Festmahl bereitet worden, an dem auch der Kaiser theilnahm. Von großer Bedeutung für die innere Politik Rußlands sind die Worte, welche der Kaiser bei dieser Gelegenheit an die Bauern richtete, und in denen er dieselben warnte, den „unsinnigen“ Gerüchten über Landvertheilung und unentgeltliche Ueberlassung von Grundbesitz Glauben zu schenken, Gerüchten, welche nur durch die Feinde des Kaisers verbreitet würden. Jedes Eigenthum, auch das des Landmannes, müsse unantastbar sein. Nicht minder bedeutungsvoll war die Ansprache des Kaisers an die Vertreter des Adels. Der Kaiser dankte ihnen für ihre Treue und sagte: „Ich bin von den treuen und innigen Gefühlen des Adels stets überzeugt gewesen und vertraue fest darauf, daß derselbe wie immer eine feste Stütze bei allem Guten und zum Segen des Throns und des Vaterlands sein wird.“ — In einem Rückblick auf die Krönungsfeierlichkeiten setzt das „Journal de St. Petersburg“, welches den Regierungskreisen sehr nahe steht, große Hoffnungen auf die künftige Entwicklung des Reiches, von welcher das Blatt annimmt, daß sie nach innen eine normal fortschreitende, nach außen eine der Sache des Friedens günstige sein werde.

Frankreich ist zur Zeit ausschließlich mit den Verwicklungen beschäftigt, in welche die Republik sowohl in Madagaskar, als in Tonking gerathen ist. Namentlich nimmt die letztere Angelegenheit sowohl die Aufmerksamkeit und Thätigkeit der Regierung, als auch das öffentliche Interesse in Anspruch. Wenn auch das leicht erregte Ehrgefühl der Franzosen laut nach Revanche für die Niederlage bei Hanoi ruft, so fehlt es doch auch nicht an Stimmen, welche die Nützlichkeit der Tonking-Expedition bestreiten. Namentlich dient die Gefahr zu einiger Ernüchterung, daß aus der Verfolgung der französischen Ziele in Anam sich auch ein Konflikt mit China entwickeln könne, welches einer allerdings unverbürgten Aeußerung des chinesischen Geschäftsträgers in Paris zufolge, im Falle Frankreich Anam angreifen wollte, an der Grenze Truppen konzentriren würde, da China niemals gestatten könne, daß Frankreich das Gebiet eines „treuen Vasallen“ eroberere. Auch die Stimmung, welche sich in England kundgiebt, ist für Frankreich nicht ermutigend. Man fürchtet, daß England, dessen Interessen nicht nur in China, sondern auch in Tonking in Betracht kommen, auf indirektem Wege dem französischen Vorgehen die möglichsten Schwierigkeiten bereiten werde. Es geht bereits das Gerücht, daß die englische Admiralität beschloffen habe, das britische Geschwader in den chinesischen Gewässern zu verstärken, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, und es werden bereits die Namen mehrerer Panzerschiffe genannt, deren Instandsetzung zu diesem Zwecke bevorstehe.

Am Sonntag hat im Kanton Bern darüber eine Volksabstimmung stattgefunden, ob eine Revision der Verfassung vom 31. Juli 1846 vorgenommen werden soll oder nicht. Für die Revision wurden 26,642, gegen dieselbe 11,999 Stimmen abgegeben.